

GEBIET UND BEVÖLKERUNG

Die Volkszählung in der Volksmeinung

Eine Meinungsbefragung der Ausfüllungspflichtigen anläßlich der Probezählung zum Zählungswerk 1950

Bei einer anläßlich der Probezählung zur Volkszählung 1950 durchgeführten Meinungsbefragung wurde ein weit verbreitetes Mißtrauen gegen die zugesicherte Geheimhaltung von Individualangaben im allgemeinen und bei den Wohnraumangaben im besonderen festgestellt, durch welche die gegen eine Verbindung der Volkszählung mit einer Wohnungszählung sprechenden Bedenken erhärtet werden. Auch die erstmals vorgesehene Erfragung des Umsatzes und der Geburtenfolge erregten vielfach ebenso Anstoß, wie der Riesenumfang des Zählungswerkes an sich. Drei Viertel der Befragten ziehen jedoch — wenn schon erforderlich — eine einmalige umfangreiche Erhebung einer mehrfachen Belästigung durch kleinere Zählungen vor.

Das Bayerische Statistische Landesamt hat — zum ersten Male in der Geschichte der Statistik — den Versuch unternommen, zu erforschen, welche Gedanken den Ausfüllenden eines Fragebogens bei dieser Arbeit bewegen. Es hat zu diesem Zwecke das Institut zur Erforschung der Öffentlichen Meinung, München, beauftragt, anläßlich der Probezählung zur Volks-, Berufs-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung 1950, 500 Ausfüllungspflichtigen in München und im Landkreis Freising eine Anzahl von Fragen vorzulegen. Es sollte damit die Reaktion der Bevölkerung auf ein so umfangreiches Zählungswerk festgestellt werden, wie es erstmals für 1950 in Deutschland vorgesehen ist. In München wurde dabei etwa jeder 5. Haushaltungsvorstand, in den Gemeinden Echting und Neufahrn, deren Bevölkerung eine — soziologisch gesehen — gleichförmigere Masse darstellt als die der Großstadt, etwa jeder 10. — in zufälliger Auswahl¹⁾ — durch einen Interviewer aufgesucht. Die Erkenntnisse dieser Meinungsbefragung sind zunächst für die mit der methodischen Planung des Zählungswerks befaßten Statistiker von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Darüber hinaus dürften die Ergebnisse jedoch in vieler Hinsicht von allgemeinem Interesse sein. Aus diesem Grunde sollen die wesentlichsten Ergebnisse im nachstehenden kurz skizziert werden.

Die dem ausgewählten Personenkreis vorgelegten Fragen sind nach Inhalt und Form in enger Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Statistischen Landesamt ausgearbeitet worden²⁾. Sie erstrecken sich im wesentlichen auf folgende Fragengruppen:

- a) Einleitende Fragen nach Geschlecht, Alter und Beruf dienten der Charakterisierung des Befragten. Hierher gehören ferner Fragen über die allenfallsige Mithilfe Dritter bei der Ausfüllung und die Ansicht des Befragten über den Zweck des Zählungswerkes.
- b) Die zweite Fragengruppe — die Erfragung erfolgte aus psychologischen Gründen nicht in der hier gewählten Reihenfolge — befaßte sich mit der „Arbeitsmethode“ bei der Ausfüllung der Zählpapiere, wie etwa mit der Frage, ob die Erläuterungen vor der Ausfüllung im vollen Umfange gelesen wurden oder nur, wenn etwas unklar war, sowie mit der Frage nach der Reihenfolge, in der die einzelnen Abschnitte beantwortet wurden.

c) Die für die Planung des kommenden Zählungswerks wesentlichste Fragengruppe erstreckte sich auf Klarheit der Frageformulierung³⁾, auf die psychologische Wirkung der einzelnen Fragen und — damit zusammenhängend — auf die Glaubwürdigkeit der Antworten. Zu diesem Fragenkomplex gehört auch die Feststellung, inwieweit die Bevölkerung gewillt ist, der zugesicherten vertraulichen Behandlung aller Individualangaben Glauben zu schenken⁴⁾ und schließlich die Frage, ob sie — wenn schon erforderlich — die Zusammenziehung mehrerer Zählungen (wie im vorliegenden Fall) einer Teilung des Zählungswerkes in einzelne zeitlich etwa mehrere Monate auseinanderliegende Erhebungen vorziehen würde.

d) Daneben wurden noch Fragen mehr allgemeinen Charakters gestellt, etwa inwieweit sich die Befragten für die Zählungsergebnisse interessieren und ob sie statistische Veröffentlichungen der Presse in stärkerem Umfange wie bisher wünschen.

e) Die Interviewer selbst berichteten über den persönlichen Eindruck, den sie von der Wirkung des Zählungswerks auf den Befragten hatten, beispielsweise ob er von der Notwendigkeit der Zählung überzeugt schien oder in welchem Grade er über die mit ihr verbundene Belästigung verärgert war.

Aufnahme der Zählung bei der Bevölkerung

Nach den Berichten der Interviewer erweckten die unförmigen Zählpapiere, deren Ausfüllung „einem den ganzen Feierabend wegnimmt“, fast überall Argernis. Selbst für jene Kreise, von denen Volkszählungen als notwendig anerkannt werden — immerhin 55,6 vH der Befragten — sind sie ein eben notwendiges „Ubel“. Allerdings haben drei Viertel aller Befragten erklärt, sie würden lieber — wenn es schon sein muß — einen Mammutfragebogen ausfüllen, als in kürzeren Abständen mehrmals eine Zählung, wenn auch dann geringeren Umfangs, über sich ergehen zu lassen. Die Abneigung gegen Fragebogen, „gegen alles, was Ämter wissen wollen“, ist vor allem aus der Zeit der Zwangsbewirtschaftung und der starken staatlichen Eingriffe in die private Sphäre jedes einzelnen so tief verwurzelt, daß dies bei der Planung jeder Statistik nicht ernst genug in Rechnung gestellt werden kann. Äußerungen wie „Da braucht man ja einen Rechtskundigen“ und „Warum denn alles in so einem Beamtendeutsch“ sollten Anlaß geben, die Fragen in wesentlich verbindlicherer, aber klarer Form zu stellen.

Übereinstimmend berichten sowohl die Zähler des Statistischen Landesamts wie die Interviewer des Forschungsinstituts von ihrer fast ausschließlich freundlichen Aufnahme durch alle Schichten der Bevölkerung. Der Ärger richtet sich nur gegen die unpersönliche Größe „Staat“. Eine ausgesprochen schwere Verärgerung oder Empörung über die Befragung, die zu einer Auskunftsverweigerung führte, wurde in verschwindend wenigen Fällen festgestellt.

¹⁾ Die ausgewählten Befragten konnten natürlich — so wünschenswert dies auch wäre — in keiner Weise einem Bevölkerungsdurchschnitt entsprechen, da die Probezählung nur einen örtlich sehr beschränkten Personenkreis erfassen konnte. Insofern unterscheidet sich die Befragung wesentlich von anderen nach dem Gallupsystem durchgeführten Erhebungen. — ²⁾ Die Interviewer waren dabei nicht an den Wortlaut der vorbereiteten Fragen gebunden. Diese wurden vielmehr im Laufe des Gesprächs in geeigneter Form eingeflochten. Der Befragte hatte keinen Einblick in den Fragebogen des Interviewers. — ³⁾ Sie lautete im Interviewbogen beispielsweise: „Finden Sie, daß einzelne Fragen unklar waren? Wenn ja, welche?“ — ⁴⁾ Sie lautete auf den Formblättern der Meinungsbefragung: „Es gibt Leute, die befürchten, daß ihre Angaben dem Finanzamt oder dem Wohnungsamt oder der Polizei bekanntgegeben werden. Was halten Sie davon?“

Schwacher Glaube an die zugesicherte Anonymität

Dicht neben dem Ärger steht naturgemäß das Mißtrauen. Auf die Frage nach der Glaubwürdigkeit der in den Zählpapieren zugesicherten Anonymität der Erhebung erklärten nahezu die Hälfte (46,5 vH) der Befragten, daß sie mit einer Weitergabe von Einzelangaben (denn nur solche stehen in Frage) an andere Dienststellen rechnen. Der Glaube an die Anonymität wächst mit steigendem Bildungsgrad. In den Landgemeinden überwiegt das Mißtrauen (54,9 vH). Geringer, aber immer noch 45,0 vH ist es bei den Gewerbetreibenden und den Haushaltungsvorständen in München. Die während des Krieges entstandene Notwendigkeit, agrarstatistische Erhebungen z. B. gleichzeitig als Unterlagen für die individuelle Bewirtschaftung zu verwenden, haben die Erhebungen der sonst als neutral anerkannten Statistischen Ämter leider in Mißkredit gebracht. Es muß in noch stärkerem Maße als bisher alles getan werden, die Bevölkerung davon zu überzeugen, daß keine Bewirtschaftungsstelle, nicht einmal die Polizei oder die Staatsanwaltschaft, Einblick in die Erhebungspapiere erhält und daß die Auswertung im völlig anonymen Lochkartenverfahren schon rein technisch eine Weitergabe von Individualangaben weitgehend ausschließt. Daneben sind mehrfache Hinweise auf die Möglichkeit einer Änderung der Verhältnisse („Bis zur nächsten Revolution“) oder auf die allgemeine Rechtsunsicherheit charakteristisch für die gegenwärtige Zeit. Auch die Scheu vor dem „neugierigen“ Hauptmieter, dem Hauseigentümer oder wer sonst noch die Zählpapiere in die Hand bekommt, selbst vor den Zählern, die einmal als „Hausmeisternaturen“ bezeichnet werden, wurde häufig zum Ausdruck gebracht.

Unangenehme Fragen

Die Frage, ob einzelne Zählungsteile als besonders unangenehm und neugierig oder indiskret empfunden wurden, haben rund 31 vH der besuchten Personen bejaht. In den Landgemeinden war der entsprechende Anteil 41,5 vH. Bei denjenigen Gewerbetreibenden, die familienfremde Personen beschäftigen und daher einen eigenen Arbeitsstättenbogen auszufüllen haben, lag er sogar bei 47,6 vH.

Soweit konkrete Angaben über die Anstoß erregenden Fragen gemacht wurden, erscheint verständlicherweise die erstmals versuchte Erfragung des **Umsatzes**, die für eine Bewertung der Betriebe unerlässlich ist, an erster Stelle. In richtiger Erkenntnis der voraussichtlich unangenehmen Wirkung dieser Befragung wurde in Bayern die Möglichkeit gegeben, die Umsatzangaben in einem verschlossenen, undurchsichtigen Faltbrief abzugeben, der erst im Amt geöffnet wurde. In nahezu gleichem Umfange wurde auch die Frage nach den von verheirateten, verwitweten und geschiedenen Frauen geborenen Kindern als indiskret empfunden, einerseits, weil auch die totgeborenen oder später verstorbenen Kinder anzugeben waren, andererseits, weil aus den erfragten (für die Untersuchung der Geburtenfolge wesentlichen) Geburtsjahren in Verbindung mit dem Eheschließungsdatum die vorehelichen Geburten ersichtlich sind. Erst an dritter Stelle stehen hier die Wohnungsfragen¹⁾.

Glaubwürdigkeit der Antworten

Der Versuch, durch die Interviewer direkte Zugeständnisse falscher Angaben zu erhalten, so vorsichtig die Frage im einzelnen auch gestellt worden sein mag, schlug erwartungsgemäß fehl. Nicht einmal 2 vH gaben unrichtige Angaben zu. Aber aus der Auswertung anderer Stellen der einzelnen Interviews ergaben sich manche aufschlußreiche Folgerungen. So liegt der Schluß, daß unangenehme Fragen in höherem Maße als andere unrichtig beantwortet werden, nahe. Ähnliches gilt für die befürchtete Weitergabe von Individualangaben (vgl. Abschnitt „Schwacher Glaube an die zugesicherte Anonymität“), denn jedes Mißtrauen beeinflusst naturgemäß die Richtigkeit der Beantwortung. Unter diesem Gesichtspunkt ist es interessant, daß von 98 Befragten, die angaben, in wel-

cher Richtung sich ihr Mißtrauen bewegt, 54 das Wohnungsamt nannten. Denn die Wohnung ist noch immer die größte Mangelware und daher der am heftigsten verteidigte Besitz. Daneben tauchen immer wieder Bemerkungen auf, wie „Ich habe nichts zu befürchten“, „Meine Verhältnisse sind so, daß mir nichts genommen werden kann“ u. ä., wobei man deutlich durchblicken läßt, daß andernfalls schon Wege gefunden würden, die Angaben etwas darauf abzustimmen. Daß diese „Retusche“ sich nicht nur auf die Wohnungsangaben beschränkt, sondern sich auch, da sie natürlich mit Überlegung durchgeführt wird, in gleicher Weise auf die Angaben in der Volks- und Berufszählung auswirken würde, war eines der Argumente, mit welchen sich das Bayerische Statistische Landesamt von vorneherein gegen eine Verbindung der Volkszählung mit einer Wohnungszählung ausgesprochen hat²⁾.

Auch die Antworten auf die Frage nach dem vermuteten Zweck des Zählungswerks, über den sich erfreulicherweise nahezu drei Fünftel der Befragten Gedanken gemacht haben, sind in diesem Zusammenhang beachtenswert. Da z. Z. der Probezählung vielfach die Frage nach einer neuen deutschen Wehrmacht in der Presse erörtert wurde, kommen z. B. überraschend oft Antworten, die man unter dem Stichwort „Verdacht auf Rekrutierungsstatistik“ zusammenfassen könnte. Besonders Schlaue weisen in diesem Zusammenhang auf die Verbindung der Volkszählung mit der Körperbehindertenerfassung hin. Neben überwiegend naheliegenden und richtigen Ansichten taucht auch hier wiederum die Verwechslung der beabsichtigten Wohnungszählung mit Maßnahmen der Wohnungssämter zur Überprüfung der Wohnungskartei auf.

Fragen, die vermißt wurden

32 Personen gaben an, sie hätten Fragen vermißt. Wenn diese Zahl absolut auch nicht groß ist, so erhalten die einzelnen Antworten doch dadurch Gewicht, daß sie fast ausnahmslos von ernststen Überlegungen zeugen, so daß es sich lohnt, sie näher anzusehen. Ein Drittel, nämlich 11 Personen, vermißten die Erfragung des Geburtsortes, eine Frage, die ursprünglich vorgesehen, jedoch trotz Einspruchs des Bayerischen Statistischen Landesamts von bundeszentraler Stelle in Wiesbaden gestrichen wurde. Die übrigen Antworten rühren zum Teil ernste statistische Probleme an, wie die Erfassung der Kriegsverluste, der Staatsangehörigkeit, der illegalen Grenzgänger, der Kinder mit „Besatzungsvätern“, des Bildungsgangs, des beruflichen Werdegangs (früherer Beruf), der Auswanderungsabsichten bei Ausländern, der bisherigen Aufenthaltsdauer am gegenwärtigen Wohnsitz, der Fliegergeschädigten, der Dauer der erlittenen Kriegsgefangenschaft oder KZ-Haft u. ä. Sogar das Einkommen glaubt man auch in Deutschland direkt erfragen zu können³⁾. Daneben wundern sich mehrere (wahrscheinlich vom Befreiungsgesetz nicht Betroffene), warum nicht nach der Zugehörigkeit zur NSDAP gefragt wird. Ein weiterer bemerkt allerdings an anderer Stelle, daß er diese Frage „angenehm“ vermißt habe.

Interesse an den Zählungsergebnissen

Eine erfreulich hohe Zahl der Befragten (60 vH) hat den Interviewern gegenüber ihr Interesse an den Zählungsergebnissen bekundet. Daß der Anteil in München höher liegt als auf dem Lande, ist verständlich. Soweit dabei Einzelangaben gemacht wurden, sind sie insofern interessant, als sie — vermutlich meist in Unkenntnis der statistischen Möglichkeiten — Gebiete berühren, die tatsächlich zur Auswertung, zum Teil erstmalig, vorgesehen sind, wie die Erfassung der sozialen Schichtung, die 8 mal besonders erwähnt wurde, und die der Familientrennung. Ferner wurden genannt die Mischung der Bevölkerung durch die Zuwanderungen nach Bayern, für die allerdings die Erfragung des Geburtsortes als Ergänzung unentbehrlich wäre, und die Zahl der erwerbstätigen Körperbehinderten. Daneben nehmen aktuellere Probleme einen breiten Raum ein, wie etwa die Zahl der Ausländer, der

¹⁾ Dabei darf nicht übersehen werden, daß von den Befragten mehr als vier Fünftel von der Wohnungszählung betroffen waren, dagegen nur etwa ein Fünftel seinen Umsatz anzugeben hatte. — ²⁾ Vgl. „Die Vorbereitung für die Weltzählung 1950“ in Heft 11, Jahrgang 1949 dieser Monatshefte. — ³⁾ In manchen anderen Ländern ist dies bei Volkszählungen durchaus üblich.

Kriegsverluste (allerdings nicht aus der Zählung zu ermitteln), vor allem aber die Wohnverhältnisse im allgemeinen, wie auch in speziellen Untersuchungen („Wieviel Kinder haben kein eigenes Bett?“). Großem Interesse scheinen die Berufszählungsangaben zu begegnen. Von der Weltzählung verspricht sich mancher aufschlußreiche Vergleichsmöglichkeiten, wobei vor allem die Nachbarländer interessieren.

Leider sehen nicht alle Interessierten ein, daß man ohne die für den einzelnen oft unangenehme Erhebung zu keinem Ergebnis kommen kann. Mancher von ihnen gehört dabei zu den 36.1 vH aller Befragten, die das Zählungswerk für überflüssig halten. Hier ist ein Ansatzpunkt für die notwendige Aufklärung, die bezeichnenderweise auch ein Befragter in „Gemeindeversammlungen vor der Zählung“ fordert.

Überraschend ist auch die Tatsache, daß 40 vH aller Befragten geäußert haben, sie möchten mehr als bisher über statistische Ergebnisse in der Presse lesen. Von dem Rest von 60 vH erklärten sich 15.6 vH als uninteressiert, so daß nur 44.4 vH, also eine sehr geringe Mehrheit, gegen eine Ausweitung dieser Presseveröffentlichungen ist.

Grenzen der Meinungserforschung

In einigen Punkten, allerdings geringerer Bedeutung, hat dieser erstmalig unternommene Versuch einer psychologischen Erforschung der öffentlichen Meinung über eine Volkszählung nicht voll den Erwartungen entsprochen. So konnte beispielsweise über den für das Studium und

das Ausfüllen der Zählpapiere erforderlichen Zeitaufwand sowie überraschender- und bedauerlicher Weise darüber, welche Fragen dem Ausfüllungspflichtigen in ihrer Formulierung unklar waren, keine befriedigenden Feststellungen getroffen werden. Über den tatsächlichen Zeitaufwand haben die meisten Befragten keine genaue Vorstellung. Sie machten daher entweder je nach Verärgerung zu hohe oder — soweit sie besonders intelligent erscheinen wollten — zu niedrige Angaben. Die angegebenen Zeiten stehen meist in starkem Widerspruch zu den von 73.7 vH der befragten Haushaltsvorstände aufgestellten, sehr anzuzweifelnden Behauptung, sie hätten die gesamten Erläuterungen von A bis Z durchgelesen. Auch die Untersuchung, ob und welche Fragen in den Zählpapieren unklar waren, ist stark beeinflusst durch die damit indirekt verbundene oder unbewußt empfundene Erforschung der Intelligenz. „Man ist nicht so ungebildet, daß einem etwas unklar ist, was andere vielleicht verstehen.“ Einen großen Teil der ohne Zweifel ursprünglich offenen Fragen hatten die eingehend geschulten Zähler bereits geklärt. In den 89 Fällen mit konkreten Angaben, unter denen die aus dem Gebiet der Wohnungszählung an erster Stelle stehen, sind allerdings einige beachtenswerte Hinweise enthalten.

Im ganzen gesehen, hat die Meinungsbefragung ohne Zweifel wertvolle Erkenntnisse gebracht, an denen die mit der Planung von Volkszählungen befaßten Statistiker nicht vorübergehen dürfen.

Dipl.-Volkswirt F. Z o p f y.

Die natürliche Bevölkerungsbewegung in Bayern 1949

(Vorläufige Ergebnisse)

Die in der natürlichen Bevölkerungsbewegung nach dem Kriege erschienene Tendenz ist 1949 dieselbe geblieben: Die Eheschließungsziffer ist mit 9.6 auf 1000 der Bevölkerung noch überhöht, wenn sie auch gegen das Vorjahr gesunken ist; die Geburtenziffer ist von 17.5 auf 1000 der Bevölkerung im Jahre 1948 auf 16.9 gesunken; die Sterblichkeit hat sich weiter gebessert, sie sank von 11.0 auf 1000 der Bevölkerung im Vorjahr auf 10.6; die Säuglingssterblichkeit, bezogen auf 100 Lebendgeborene, ging von 7.7 auf 6.7 zurück. Die hier und im folgenden gebrachten Zahlen finden sich in „Bayern in Zahlen“ Jahrgang 1950, Heft 1, Tabellenteil Seite 21 f.

Eheschließungen

Die Eheschließungsziffer von 9.6 auf 1000 der Bevölkerung zeigt (im Vergleich zum Durchschnitt im Jahrzehnt 1923 bis 1932 mit 7.6) immer noch eine kriegsbedingte Überhöhung, die durch die Heimkehr von Kriegsgefangenen und die starke Heiratslust der in Bayern lebenden Ausländer mitbewirkt wurde. Der Anteil der Ausländerhehen betrug für ganz Bayern 10 vH, für Oberbayern sogar 16.8 vH.

Die hohe Heiratsziffer fällt um so stärker auf, als ein großer Teil der Jahrgänge im Heiratsalter, nämlich die vom 30. bis 35. Lebensjahr, zu den schwach besetzten Geburtsjahrgängen des 1. Weltkrieges gehört. Die Altersjahrgänge der Männer von 20 bis unter 35 Jahren sind zudem durch Krieg und Gefangenschaft stark dezimiert. 1933 bildeten sie 27.9 vH der männlichen Bevölkerung, 1949 nur 20.1 vH. Der Anteil der Frauen im Alter von 20 bis 35 Jahren betrug 1933 26.6 vH der Bevölkerung, 1949: 22.6 vH. Am größten war die Heiratsfreudigkeit in Mittelfranken und Unterfranken mit 9.9 und 10.0, am tiefsten lag sie in Schwaben. 1946 bis 1948 betrug der Durchschnitt der Eheschließungen in jedem Jahre 10.2; er ist 1949 in keinem Regierungsbezirk erreicht worden.

Geburten

Auch die Geburten sind zurückgegangen, und zwar von 17.5 in 1948 auf 16.9 auf 1000 der Bevölkerung. Wenn man die Lebendgeborenen der ausländischen Eltern subtrahiert (wozu die Auszählungen von Ausländern heute noch nicht vorliegen), wird im endgültigen Ergebnis eine inländische

Geburtenziffer erscheinen, die den bisher niedrigsten Stand vor dem Zusammenbruch in Bayern, nämlich den von 1933 mit 16.6 wahrscheinlich unterschreiten wird. Das ist nicht auffallend, wenn man bedenkt, wie schwach besetzt die Altersjahrgänge vom 30. bis zum 35. Lebensjahr bei den Frauen heute sind, und wie viele Kriegerwitwen in den Jahrgängen vom 20. bis 35. Lebensjahr enthalten sind. Dazu tritt eine Anzahl von Eheleuten, die heute durch Landes- und Zonengrenzen und durch den auswärtigen Arbeitsplatz eines Ehepartners unfreiwillig getrennt leben. Die Geburtenziffer wird vermutlich wieder steigen, je mehr Kriegsgefangene heimkehren und je mehr sich die Wohnverhältnisse bessern. Außerdem werden von 1952 an die seit 1934 stärker besetzten Altersjahrgänge der Frauen ins 18. Lebensjahr treten.

Im Gegensatz zu den geringen Schwankungen der Eheschließungsziffer in den einzelnen Regierungsbezirken, zeigen die Geburtenziffern auf 1000 der Bevölkerung größere Unterschiede, und zwar von 15.1 in Oberbayern und 15.3 in Mittelfranken bis zu 19.1 in Unterfranken und 19.4 in der Oberpfalz. Die niedrigste Geburtenrate findet sich — wie im Vorjahr — in den Regierungsbezirken mit den Großstädten München und Nürnberg. Die Großstädte mit ihren niedrigen Geburtenzahlen drücken die Raten ihres Regierungsbezirktes herab; enthält doch München fast ein Drittel der gesamten oberbayerischen Bevölkerung, Nürnberg mit Fürth fast ein Drittel der mittelfränkischen Volkszahl. Die Geburtenraten von München und Nürnberg waren 14 und 13.6 auf 1000 der Bevölkerung.

Die unehelichen Lebendgeborenen waren in Niederbayern und Oberbayern am zahlreichsten. Sie bildeten 17.1 bzw. 16.1 vH der Lebendgeborenen dieser Bezirke; in Unterfranken waren es nur 8.3 vH und in Oberfranken 10.7 vH.

Sterbefälle

Die Sterbeziffer ging von 11 auf 1000 der Bevölkerung in 1948 auf 10.6 in 1949 zurück. Der Rückgang der Sterblichkeit wäre größer, wenn ihm nicht die sogenannte „Überalterung“ des Volkes entgegenwirkte. Diese besteht darin, daß heute unter 100 000 der Bevölkerung mehr Personen von 60 Jahren und darüber sind als früher. 1925 befanden sich unter 100 000 der Bevölkerung 9200 Personen im Alter von 60 und mehr Jahren, 1938: 11 700 Personen, 1949 rund 12 700. Es ist klar, daß dadurch auch die